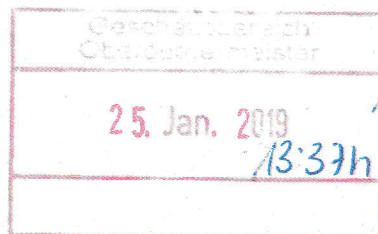


Herrn  
Oberbürgermeister  
Stefan Schostok  
o.V.i.A.

Hannover, 25.01.2019

In die Ratsversammlung



## **ANFRAGE** gemäß § 14 der GO des Rates

### **Zur sog. „gendergerechten Verwaltungssprache“ in Hannover**

Das Referat für Frauen und Gleichstellung hat im Januar „Empfehlungen für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ herausgegeben. Diese Empfehlungen decken sich weder mit der als allgemein verbindlich angesehenen Duden-Rechtschreibung noch mit Grammatik und Semantik der überkommenen deutschen Sprache. Sie sind offenbar nicht nur Empfehlungen, sondern verbindliche Sprachregelungen. Sie stellen einen kulturevolutionären Akt und damit einen unverblühten Kulturbruch dar, der 11.000 Mitarbeiter der Verwaltung in ihrem Sprachgebrauch gängeln und bevormunden soll und darüber hinaus die Bürger der Stadt mit der Zumutung konfrontiert, diese durchgegenderte Sprache zu ertragen. Diese Verwaltungsanleitung missachtet das von der Verwaltung und der Ratsmehrheit sonst so hoch gehaltene Prinzip der „Vielfalt“. Stattdessen will sie eine verkrampfte, sprachlich unerträgliche Uniformität der Sprache durchsetzen (z.B. in Form substantivierter Partizipien, in der Personenanrede sowie durch die Verwendung des Gendersterns). Dieses Verwaltungshandeln entfacht inzwischen bundesweite Kritik. In ganz Deutschland ist Hannover wegen seines sprachlichen Gender-Unsinns zum Gespött der journalistischen Feuilletons, der seriösen Sprachwissenschaft und des gebildeten Bürgertums geworden.

### Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Warum sind dieser kulturevolutionären „Empfehlungen“, die immerhin bundesweite Aufmerksamkeit erregen, nicht den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden? Ist das die neue Form hannoverscher Demokratie?
2. Welche wissenschaftlichen Fachleute in Sachen Sprache (Philologen und Linguisten) haben das Referat für Frauen und Gleichstellung bei der Erstellung der „Empfehlungen“ beraten bzw. aktiv unterstützt? Oder ist die Sprachregelung etwa ein Eigenprodukt übereifriger Feministinnen bzw. Genderistinnen?
3. Ganz abgesehen von dem sprachzerstörerischen Schaden und den daraus folgenden Kosten: Was bewegt die Verwaltung eigentlich, grammatische Geschlechtszuordnungen um jeden Preis vermeiden zu wollen?

Gerhard Wruck

Stellv. Fraktionsvorsitzender